

Stadt Barsinghausen

27.09.2012

Protokoll

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen
Sitzungs-Nr: XVII/06 Rat
Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 12.07.2012, 19:09 Uhr bis 22:40 Uhr
Sitzungsort: Aula der Goetheschule - KGS Barsinghausen, Goethestraße 29

Anwesend sind:

Ratsmitglied

1. Bürgermeister Zieseniß, Walter nicht bei TOP 6

Mitglieder CDU-Fraktion

2. Ratsfrau Becker, Ingeborg nicht bei TOP 11
3. Ratsfrau Bischoff, Lilli
4. Ratsherr Bohrßen, Bernd-Konrad
5. Ratsherr Fabisch, Horst
6. Ratsherr Hoffmeister, Christian bis einschl. TOP 13
7. Ratsherr Kuban, Tilman bis Anfang TOP 14 (22.00 Uhr)
8. Ratsherr Matthiesen, Max Dr. MdL
9. Ratsherr Neddermeier, Karl-Heinz nicht bei TOP 6
10. Ratsherr Schroth, Gerald
11. Ratsfrau Senft, Monika
12. Ratsherr Steuernagel, Marc-Oliver
13. Ratsherr Zieseniß, Roland Dr.

Mitglieder SPD-Fraktion

14. 1. stellv. Bürgermeisterin Beckmann, Kerstin Dr. nicht bei TOP 6
15. Ratsherr Bienert, Sigurd
16. Ratsherr Dobelmann, Reinhard
17. Ratsvorsitzende Dürbaum-Betsch, Angelika
18. Ratsfrau Gertich, Lea Sophie
19. Ratsherr Gottschalk, Günter
20. Ratsherr Gronenberg, Bernd
21. Ratsherr Härdrich, Dirk Dr. nicht bei TOP 15
22. Ratsfrau Hunte-Grüne, Marlene
23. Ratsfrau Klein, Bettina
24. Ratsherr Messing, Peter
25. Ratsherr Schaper, Hartmut
26. Ratsherr Wittich, Michael

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

27. 2. stellv. Bürgermeister Hartig, Andreas
28. Ratsherr Lux, Thomas
29. Ratsherr Marks, Frank
30. Ratsherr Müller, Peter
31. Ratsherr Riemer, Hagen
32. Ratsherr Röver, Christian nicht bei TOP 8 und 9
33. Ratsherr Totlis, Andreas
34. Ratsfrau Westphal, Ulrike nicht bei TOP 11

Mitglieder FDP-Fraktion

35. Ratsherr Klockow, Bernhard

36. Ratsfrau Wölki, Kerstin bis einschl. TOP 18

Mitglieder UWG-Fraktion

37. Ratsherr Neugebauer, Markus

38. Ratsfrau Runge, Eva

von der Verwaltung

39. Verwaltungsangestellte Filipiak, Andrea

40. Verwaltungsangestellte Hammann, Maike

41. Leitung Zentrale Dienste Hoffmann, Reinhard

42. Erster Stadtrat Lahmann, Marc

als Gäste

43. Sparkassendirektor Meyer, Reinhard bis einschl. TOP 7

44. Frau Sander, Britta bis einschl. TOP 7

es fehlten entschuldigt

45. Ratsherr Wittschurky, Thomas

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Aktuelle Stunde
4. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten
5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
6. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen für das Geschäftsjahr 2011
XVII/0161
7. Zustimmung zur Entscheidung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen hinsichtlich der Benennung eines Vorstandsmitgliedes
XVII/0156
8. Vergabe Gaskonzession - hier: weiteres Verfahren und Kriterienkatalog für den Beteiligungswettbewerb
XVII/0136
9. Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010
XVII/0127
10. Schaffung einer Krippe in Göxe
Bezug: XVII/0066
Beschluss des Rates von 24.5.2012
TOP 20, Pkt. 8
XVII/0138

11. Änderung des Haushaltskonsolidierungsvorschlages I-2.3 Übertragung Reinigung der Altentagesstätte Am Buchhorn an DRK
XVII/0135
12. Grundsätze für die Nutzung des Jugendkellers der Wilhelm-Stedler-Schule
XVII/0067
13. Antrag auf Abschluss eines Vorvertrages zur Nutzung des ehemaligen Feuerweh-
gerätehauses durch die Kunstschule NOA NOA
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.06.2012 -
XVII/0160
14. Entwicklung von autobahnnahen Gewerbeflächen
hier: Machbarkeitsstudie zum Logistikschwerpunktstandort Barsinghau-
sen/Wunstorf
XVII/0104
15. Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"
Sanierungsgebiet "Innenstadt"
Sanierung und Neugestaltung der Fußgängerzone
XVII/0052
16. Annahme von freiwilligen Zuwendungen
17. Mitteilungen der Verwaltung
18. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

anschließend Nichtöffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung

Frau Dürbaum-Betsch eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet darum, folgende Tagesordnungspunkte von der heutigen Tagesordnung abzusetzen:

- Tagesordnungspunkt 8
Satzung über die Rechtstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Barsinghausen
(Vorlage XVII/0157)
- Tagesordnungspunkt 9
Berufung einer Gleichstellungsbeauftragten für die Stadt Barsinghausen
(Vorlage XVII/0150)

Die beiden Angelegenheiten sollen erneut im Fachausschuss beraten werden.

- Tagesordnungspunkt 14
Neustrukturierung der kommunalen Jugendarbeit in Barsinghausen

Festschreibung der Straßensozialarbeit als eigenständiges Angebot
vergl.: HSK II-2.18
(Vorlage XVII/0141)

- Tagesordnungspunkt 15
Neufassung der Satzung über die Benutzung des Flüchtlingswohnheims
(Vorlage XVII/0137)

Bei diesen Angelegenheiten besteht noch Beratungsbedarf.

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Frau Westphal stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 12 - Ergänzendes Betreuungsangebot an Barsinghäuser Grundschulen (Vorlage XVII/0119) von der Tagesordnung abzusetzen. Hier liegt ein Antrag vor, wonach diese Angelegenheit bereits behandelt wurde. Von Seiten der Verwaltung gab es bis jetzt weder zu der Frage, ob die Angelegenheit innerhalb eines halben Jahres zum zweiten Mal behandelt werden kann, noch zur Rechtmäßigkeit des von der CDU-Fraktion eingereichten Antrages zu dem Thema, eine Aussage. Aus diesen Gründen besteht hierbei noch Beratungsbedarf.

Herr Lahmann erläutert, dass der von der CDU-Fraktion eingereichte, schriftliche Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zurückgenommen wurde. Daraufhin hat Herr Lahmann geprüft, ob der Antrag konkludent zurückgenommen worden ist, da die CDU-Fraktion in der letzten Sitzung des Schulausschusses einem von Herrn Klockow vorgebrachten Kompromissvorschlag zugestimmt hat. Der Kompromissvorschlag wurde in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses jedoch abgelehnt. Da der Antrag der CDU-Fraktion schriftlich eingereicht wurde, setzt dies in der Regel auch für eine konkludente Rücknahme eine ähnliche Form voraus. Nach seiner Einschätzung liegt keine konkludente Rücknahme vor.

Herr Lahmann führt weiter aus, dass ein Änderungsantrag einer Fraktion zu einer Beschlussempfehlung der Verwaltung grundsätzlich das Ziel hat, eine andere Beschlussfassung zu bewirken. Da die abschließende Beschlussfassung erst im entscheidenden Gremium, hier vom Rat der Stadt Barsinghausen getroffen wird, war das Ziel der CDU-Fraktion in der Ratssitzung nach wie vor gegeben. Es hätte somit seines Erachtens darüber abgestimmt werden müssen. Von Seiten der Verwaltung wurde dies in der letzten Ratssitzung jedoch falsch eingeschätzt, wodurch die Ratsvorsitzende falsch beraten wurde und es zu keiner Abstimmung kam. Aufgrund dieser Erkenntnis durch die Prüfung im Nachhinein ist die Angelegenheit erneut in die heutige Tagesordnung aufgenommen worden.

Frau Dr. Beckmann merkt an, dass sie selbst in allen drei Sitzungen der Ausschüsse, die sich mit der Angelegenheit befasst haben, anwesend war. Der Antrag ist fristgerecht zur Behandlung in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur von Herrn Hoffmeister vorgebracht und dort ordnungsgemäß beraten worden. Dann ist der Änderungsantrag bereits Beratungsgrundlage in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses und der darauffolgenden Sitzung des Rates gewesen – hier wurde er zudem durch einen in der Ratssitzung gestellten Änderungsantrag geändert. Eine erneute Behandlung im Rat wäre rechtlich fraglich. Sie spricht sich daher ebenfalls für die SPD-Fraktion für das Absetzen dieser Angelegenheit von der Tagesordnung aus.

Protokollnotiz:

Die Angelegenheit wurde in folgenden Gremien beraten:

- Sitzung des Schulausschusses am 14.05.2012
- Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22.05.2012
- Sitzung des Rates am 24.05.2012

Herr Dr. Zieseniß sagt, dass nach wie vor über den Antrag abgestimmt werden muss. Die CDU-Fraktion wird bei Absetzung der Angelegenheit zunächst eine rechtliche Prüfung über die Behandlung der Angelegenheit abwarten.

Herr Lahmann erläutert, dass die Verwaltung die rechtlichen Bedenken von Frau Dr. Beckmann geprüft hat. Eine entsprechende rechtliche Stellungnahme hat die Ratsvorsitzende bereits erhalten. Nach Durchsicht der Protokolle der Ausschüsse, die die Angelegenheiten behandelt haben, ist keine offizielle Rücknahme des Antrages dokumentiert. Die Verwaltung bleibt bei der zuvor genannten Rechtsauffassung.

Frau Dürbaum-Betsch lässt über den Antrag von Frau Westphal abstimmen.

Beratungsergebnis: zugestimmt

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltung

Der Tagesordnungspunkt 12 – Ergänzendes Betreuungsangebot an Barsinghäuser Grundschulen (Vorlage XVII/0119) wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Frau Dürbaum-Betsch weist auf die Auflistung der geänderten Beschlussempfehlungen in den ausgeteilten Umschlägen hin.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 28.06.2012 geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

2. Einwohnerfragestunde

Es wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt. Folgende Fragen werden gestellt:

- Im Bezug auf die Vorstellung der Haushaltskonsolidierung im Januar im Zechensaal stellt ein Anwohner die Frage, wie durch die geplante Einstellung von zwei Straßenfacharbeitern Geld eingespart werden soll.

Herr W. Zieseniß beantwortet die Frage.

- Eine Anwohnerin berichtet, dass in der Straße Eichenplatz seit 14 Tagen keine Abfallsorgung mehr durchgeführt wird. Dies sei nach Aussage des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) aus Gründen der Sicherheit beschlossen worden. Sie stellt die Frage, ob ein neuer Ortstermin gemeinsam mit den Anwohnern der Straße stattfinden kann.

Herr W. Zieseniß beantwortet die Frage.

3. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge vor.

4. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten

Herr Bürgermeister Zieseniß hält den nachfolgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung am vergangenen Dienstag getagt. Neben der Vorbereitung der heutigen Ratsbeschlüsse wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Der Verwaltungsausschuss hat die Verwaltung ermächtigt, den Neuausbau der Straßen August-Böger-Straße und Wilhelm-Stegen-Straße auszuschreiben und dem wirtschaftlich günstigsten Bieter im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel den Auftrag zu erteilen. Mit der Baumaßnahme soll noch in diesem Jahr begonnen werden.

Der Stadtentwässerungsbetrieb Barsinghausen führt an der Straße Asternweg Reparaturarbeiten sowie die Verlegung von Trink- und Abwasserleitungen durch. Die Straße wird anschließend im Ursprungszustand wieder hergestellt.

- Der Verwaltungsausschuss hat beschlossen, den Ausbau des Buchenweges zu verschieben, bis die Regenwasserkanalisation endgültig abgängig ist und erneuert werden muss.
- Die Verwaltung wurde beauftragt, über die in der Zukunft anfallenden Straßen-/Gehwegbauarbeiten (Neubau, Sanierung, Reparatur etc.) an Straßen, die im Zuständigkeitsbereich der Stadt Barsinghausen liegen, eine öffentlich zugängliche Prioritätenliste aufzustellen, sofern Anliegerkosten erhoben werden müssen.

Die Planungen der Stadtwerke und der Stadtentwässerung sind mit aufzunehmen.

Die Liste soll auf mindestens fünf Jahre im Voraus erstellt und fortgeschrieben werden. Es sind die geplanten Gesamtkosten, sowie die für die Anlieger anfallenden Kosten aufzuführen.

Eine umfassende, rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist durchzuführen.

Im Fall, dass Maßnahmen auf Grund plötzlich eintretender Ereignisse außerhalb der Prioritätenliste notwendig werden sollten, ist ebenfalls, soweit dies zeitlich möglich ist, eine Bürgerbeteiligung vorzusehen.

- Die Verwaltung wurde aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen (u. a. Gebührekalkulation) zur unverzüglichen Umsetzung des Ratsbeschlusses Vorlage XVI/0463 vom 29.10.2009 (Friedwald) zu beginnen und schnellstmöglich, spätestens bis zum Ende des ersten Quartals 2013 abzuschließen. Der Zeitplan für die Umsetzung und bereits eingeleitete Maßnahmen sind in der nächsten Sitzung des zuständigen Ausschusses vorzustellen.
- Der Verwaltungsausschuss der Stadt Barsinghausen hat gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplan Nr. 137 D „Gewerbegebiet Bantorf-Nord“, OT Bantorf beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, das Aufstellungsverfahren auf der Grundlage des Baugesetzbuches einzuleiten.
- Der Verwaltungsausschuss hat den Auftrag für Dachdeckerarbeiten an der Grundschule Groß Munzel zum Angebotspreis in Höhe von 125.846,20 Euro erteilt.

5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien

Herr Messing benennt für die SPD-Fraktion Frau Lea Gertich als stellvertretendes Mitglied für Herrn Behlert im Unterhaltungsverband 53 / West- und Südaue.

Herr Dr. Zieseniß benennt für die CDU-Fraktion Herrn Dr. Roland Zieseniß als stellvertretendes Mitglied im Betriebsausschuss Stadtentwässerungsbetrieb Barsinghausen.

Frau Westphal benennt für die SPD-Fraktion anstelle von Herrn Totlis Herrn Riemer als Mitglied im Schulausschuss.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Anstelle von Herrn Behlert wird Frau Lea Gertich als stellvertretendes Mitglied in den Unterhaltungsverband 53 / West- und Südaue berufen.
2. Herr Dr. Roland Zieseniß wird als stellvertretendes Mitglied in den Betriebsausschuss Stadtentwässerungsbetrieb Barsinghausen berufen.
3. Anstelle von Herrn Totlis wird Herr Hagen Riemer als Mitglied in den Schulausschuss berufen.

6. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen für das Geschäftsjahr 2011 Vorlage: XVII/0161

Herr W. Zieseniß, Frau Dr. Beckmann und Herr Neddermeier begeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt in den Zuschauerraum, da sie sich im Mitwirkungsverbot befinden.

Der Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse Barsinghausen, Herr Meyer, hält einen ausführlichen Bericht über das Geschäftsjahr 2011 sowie einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung der Stadtparkasse.

Herr Klockow sagt, dass die Aussichten für die Stadtparkasse Barsinghausen aufgrund der niedrigen Zinssätze für dieses und nächstes Jahr verständlicherweise gut sind. Größere Einbrüche müssen auch nicht befürchtet werden. Die FDP-Fraktion ist enttäuscht darüber, dass bei einer derart positiven Bilanz keine Zuführung an die Sparkassenstiftung erfolgt ist und auch das Sponsoring im Jahr 2011 nicht deutlich erhöht wurde. Dass gerade während der Haushaltskonsolidierung keine Gewinnausschüttung an die Stadt erfolgt, ist ebenso enttäuschend. Zugeführte Beträge an die Sparkassenstiftung wären für die Stadtparkasse Barsinghausen sogar steuerlich absetzbar.

Herr Klockow führt weiter aus, dass hinsichtlich des Sponsorings seitens der Stadtparkasse noch immer keine Zusage zur Veröffentlichung von Zuwendungsempfängern getätigt wurde. Bei anderen Sparkassen, wie z. B. der Sparkasse Hannover, herrscht eine erheblich größere Transparenz. Die Stadtparkasse Barsinghausen sollte hier über einen Schritt nach vorne nachdenken. Aus diesen Gründen wird die FDP-Fraktion der Entlastung des Verwaltungsrates nicht zustimmen, so Herr Klockow.

Herr Dr. Zieseniß betont, dass es bei der heutigen Abstimmung über die Entlastung darum geht, ob korrekt gerechnet und gewirtschaftet wurde. Dies hat nichts mit einer Gewinnausschüttung oder Ähnlichem zu tun.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 2 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Barsinghausen wird für das Geschäftsjahr 2011 die Entlastung erteilt.

**7. Zustimmung zur Entscheidung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen hinsichtlich der Benennung eines Vorstandsmitgliedes
Vorlage: XVII/0156**

Herr W. Zieseniß, Frau Dr. Beckmann und Herr Neddermeier nehmen wieder an der Sitzung teil.

Frau Britta Alexandra Sander stellt sich den Ratsmitgliedern vor. Dabei zeigt sie insbesondere ihren beruflichen Werdegang auf.

Herr Messing begrüßt Frau Sander im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlich, wünscht ihr viel Erfolg bei der Arbeit im Vorstand und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt der Bestellung von Frau Britta Alexandra Sander zum Mitglied des Vorstandes der Stadtparkasse Barsinghausen für die Zeit vom 01.11.2012 bis 31.10.2017 zu.
2. Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt der Bestimmung von Frau Britta Alexandra Sander zur Stellvertreterin des Vorsitzenden des Vorstandes der Stadtparkasse Barsinghausen für die Zeit vom 01.11.2012 bis 31.10.2017 zu.

**8. Vergabe Gaskonzession - hier: weiteres Verfahren und Kriterienkatalog für den Beteiligungswettbewerb
Vorlage: XVII/0136**

Herr Dobelmann führt in die Beschlussvorlage ein.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der erfolgten Ausschreibung nach den Grundsätzen des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) den laufenden Wettbewerb zweistufig zu gestalten und in der ersten Stufe einen Wettbewerb um die Beteiligung an einer gemeinsamen Netzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co.KG (NGB) (Beteiligungswettbewerb) und in der zweiten Stufe einen Wettbewerb um den Konzessionsvertrag über die Nutzung der öffentlichen Verkehrswege der Stadt Barsinghausen für die Verlegung und den Betrieb von Gasleitungen (Konzessionswettbewerb) durchzuführen. Mit dem Beteiligungswettbewerb wird ein geeignetes Energieversorgungsunternehmen gesucht, das bereit ist, sich zusammen mit der Stadt Barsinghausen an der Netzgesellschaft zu beteiligen und um die Gaskonzession bewerben. Der Gewinner des Wettbewerbs soll mit 49% der Geschäftsanteile an der Gesellschaft beteiligt werden.
2. Die Wertungskriterien für die Bewertung der eingegangenen Angebote im Beteiligungswettbewerb werden wie aus der Begründung zu 2. ersichtlich beschlossen. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Kriterien sachgerecht zu konkretisieren und das Bewertungsverfahren festzulegen.
3. Unter Abänderung des Beschlusses des Rates vom 23.6.2011 zu 3. der Sitzungsvorlage XVI/0724 vom 19.05.2011 sollen zur Bewertung der Angebote im Konzessionswettbewerb die in der Begründung zu 3. genannten Wertungskriterien herangezogen werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Kriterien sachgerecht zu konkretisieren und das Bewertungsverfahren festzulegen.
4. Der ggf. erforderlichen Gründung der NGB wird zugestimmt. Das zur Ausstattung der Komplementärin der NGB erforderliche Gründungskapital in Höhe von 25.000 EUR sowie das zur Gründung von GmbH und KG erforderliche Budget von 2.500 EUR werden außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus in diesem Jahr nicht benötigten Mitteln für Umbaumaßnahmen an der Grundschule Groß Munzel (Inv.Nr.: 11.122029.500).

9. Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010 Vorlage: XVII/0127

Frau Westphal führt in die Beschlussvorlage ein.

Es liegen keine Wortmeldungen hierzu vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht der Stadt Barsinghausen für das Geschäftsjahr 2010 zur Kenntnis.

10. Schaffung einer Krippe in Göxe
Bezug: XVII/0066
Beschluss des Rates von 24.5.2012
TOP 20, Pkt. 8
Vorlage: XVII/0138

Herr Dr. Matthiesen erläutert die Inhalte der Beschlussvorlage.

Herr Messing fragt, ob seitens der Verwaltung zwischenzeitlich Gespräche mit den Betreibern geführt wurden.

Herr Lahmann antwortet, dass Frau Preusker damit beauftragt wurde, sich mit den Betreibern in Verbindung zu setzen. Eine Rücksprache mit Frau Preusker war terminbedingt noch nicht möglich. Herr Lahmann konnte jedoch in Erfahrung bringen, dass Frau Senft mit der zukünftigen Betreiberin gesprochen hat, wobei diese ihre Bereitschaft erklärt hat.

Herr Gottschalk erkundigt sich, ob der Presseartikel, nach dem die zukünftigen Betreiber der Krippe in Göxe nicht mehr bauen wollen, korrekt ist.

Herr Lahmann verneint dies. Das Interesse der Betreiber besteht nach wie vor.

Herr Messing betont, dass die Krippe in Göxe für die SPD-Fraktion keine Option ist und die Schaffung einer Krippe in Goltern bevorzugt wird. Er erläutert die einzelnen Punkte des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. Hier würde die Stadtverwaltung zum einen beauftragt werden, eine Kombination von Krippe, Kindergarten und Schule an der Albert-Schweitzer-Schule in Goltern zu schaffen sowie zusätzliche Krippenplätze im Kindergarten in Stemmen. Im Bereich Barsinghausen sollen von der Verwaltung weitere Bedarfsberechnungen und Vorschläge erfolgen, auf deren Grundlage weitere Maßnahmen erfolgen.

Herr Schroth kritisiert den Änderungsantrag. Er spricht sich für die Schaffung einer Krippe in Göxe aus und zählt unter anderem Vorteile wie die Nähe zur Bundesstraße 65, sowie ein nahegelegenes Neubaugebiet auf. Eine Realisierung des Vorhabens in Göxe könnte zudem bis zum 01.08.2013 garantiert werden. Dies ist durch den ab diesem Zeitpunkt bestehenden Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ebenfalls von Vorteil.

Herr Dr. Zieseniß stellt folgende Änderungsanträge:

- 1) Punkt I.2 des gemeinsamen Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird um folgenden Satz ergänzt:

Sollte der Anbieter die Bürgschaft beibringen, so soll die Verwaltung beauftragt werden, den Vertrag mit dem Anbieter über die Einrichtung der Krippe abzuschließen.

- 2) Die Punkte I.1, I.2 und II. des gemeinsamen Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN werden einzeln und getrennt voneinander abgestimmt.

Frau Dr. Beckmann erläutert, dass die Fraktionen bereits in der letzten Wahlperiode über die Umsetzung eines ähnlichen Modells in Goltern, wie es bereits in Kirchdorf besteht, beraten haben. Ein Modell mit einer Grundschule, die um eine Kindertagesstätte und eine Krippe ergänzt wird. Eine solche Kombination ist sinnvoll, um eine nachhaltige Infrastruktur auch in den Ortsteilen zu schaffen, die 25 Jahre Bestand haben soll. Zudem ist der flexible Übergang vom Kindergarten zur Schule ebenfalls zukunftsweisend. Die Umsetzung dieser Maßnahmen

würde erfahrungsgemäß schrittweise erfolgen und nicht komplett im nächsten Jahr abgeschlossen sein. Dennoch sollte nicht der Fehler gemacht werden, an anderen Stellen Investitionsentscheidungen zu treffen, an die die Stadt 25 Jahre gebunden wird. Sie erinnert daran, dass im Rat einst die Entscheidung getroffen wurde, die Siedlungsentwicklung aufgrund der Verkehrsentwicklung entlang der Bahnstrecke vorzunehmen. Auf lange Sicht wird der Vorteil der Nähe zur Bundesstraße 65 keinen Bestand haben, da Autofahrer aufgrund der steigenden Benzinrenten eher rückläufig sind und die Bahn als Verkehrsmittel immer häufiger genutzt wird.

Herr Kuban wirft der SPD-Fraktion vor, aufgrund der bereits hohen Zahl an Krippenplätzen entlang der Bahnlinie, die Dörfer zu benachteiligen.

Herr Schroth betont, dass der in der Beschlussempfehlung festgesetzte Zeitraum von 25 Jahren als variabel zu betrachten ist, sofern sich der Bedarf in Zukunft ändern sollte. Er rät zudem, die Investitionskosten für die zukünftigen Betreiber erneut prüfen zu lassen, ob diese herabgesetzt werden können. Herr Schroth spricht sich dafür aus, die Ortsteile ohne Bahnanbindung hinsichtlich der Entwicklung nicht außer Acht zu lassen. Ein Konzept, bei dem Kindergarten und Schule kombiniert werden, hält er nicht für sinnvoll.

Herr Klockow befürwortet eine Kombination von Krippe und Kindergarten, jedoch nicht eine Kombination von Krippe und Schule. Er spricht sich aus Gründen der schnellen Umsetzungsmöglichkeit für die Schaffung einer Krippe in Göxe aus.

Herr Messing betont, dass noch nicht sicher ist, ob die Betreiber der Krippe in Göxe die dafür notwendige Bürgschaft beibringen können und wie lange die Krippe letztendlich Bestand hat. Vor dem Hintergrund des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sollte bei der Schaffung von Krippenplätzen auch auf Nachhaltigkeit geachtet werden. Die Zuschüsse und Fördermittel für diese Maßnahmen können nur einmal verbraucht werden, daher sollten sie mit Bedacht eingesetzt werden.

Herr Neugebauer spricht sich für die UWG-Fraktion für die Schaffung einer Krippe in Göxe aus. Er merkt an, dass die Nachhaltigkeit letzten Endes von der Annahme der Bürgerinnen und Bürger abhängt und nicht absehbar ist. Auch eine Krippe in Goltern wäre vorstellbar.

Frau Becker berichtet, dass das Konzept in Kirchdorf aufgrund der Wünsche der Eltern entstanden ist. Im Nachhinein ist die Kombination aus Krippe, Kindergarten und Schule jedoch nicht gut angekommen. Dies haben auch Erzieherinnen bestätigt.

Herr Bienert merkt an, dass die niedersächsische Landesregierung vor allem die kombinierten Schul-/Kindergarten-Konzepte fördert und bezuschusst.

Frau Westphal erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Schaffung einer Krippe in Göxe im Bezug auf die Finanzierung kritisch sieht. Sollten die Betreiber vorzeitig den Betrieb der Krippe einstellen, könnten für die Stadt nachteilige Regressforderungen entstehen. Der Bedarf an Krippenplätzen sollte dort gedeckt werden, wo das Familieneinkommen am größten ist. Im Einzugsbereich an der Albert-Schweitzer-Schule in Goltern wurden 18 benötigte Krippenplätze prognostiziert.

Frau Dürbaum-Betsch lässt über den von Herrn Dr. Zieseniß gestellten Änderungsantrag hinsichtlich Punkt I.2 abstimmen.

Beratungsergebnis: abgelehnt

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschlussdarstellung:

Punkt I.2 des gemeinsamen Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird um folgenden Satz ergänzt:

Sollte der Anbieter die Bürgschaft beibringen, so soll die Verwaltung beauftragt werden, den Vertrag mit dem Anbieter über die Einrichtung der Krippe abzuschließen.

Herr Dr. Zieseniß wiederholt seinen Antrag, die Punkte I.1, I.2 und II des Änderungsantrages einzeln abstimmen zu lassen.

Frau Westphal hält es für schwierig, die Punkte einzeln abstimmen zu lassen, da z. B. Punkt I.1 und I.2 vom Wortlaut her miteinander in Verbindung stehen. Sie spricht sich für eine geschlossene Abstimmung aller Punkte des Änderungsantrages aus.

Herr Kuban betont, dass die Fraktionen wissen müssten, wie sie abstimmen werden und eine getrennte Abstimmung der Punkte nichts daran ändern wird. Zudem wurden derartige Abstimmungen in der Vergangenheit schon häufiger durchgeführt, ohne dass es Diskussionen dazu gab.

Frau Dürbaum-Betsch lässt über den zweiten, von Herrn Dr. Zieseniß gestellten Antrag abstimmen.

Beratungsergebnis: zugestimmt

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschlussdarstellung:

Die Punkte I.1, I.2 und II. des gemeinsamen Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN werden einzeln und getrennt voneinander abgestimmt.

Frau Westphal stellt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung.

Hiergegen werden keine Bedenken geäußert.

Frau Dürbaum-Betsch unterbricht die Sitzung um 20.52 Uhr und führt sie um 20.55 Uhr fort.

Frau Dürbaum-Betsch lässt einzeln über die Unterpunkte I.1, I.2 und II des gemeinsamen Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Beschlussdarstellung:

Zu I.1:

Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Zu I.2:

Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 1 Stimmenthaltungen: 16

Beratungsergebnis: zugestimmt

Zu II.:

Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 2

Beratungsergebnis: zugestimmt

I.

1.

Die Verwaltung wird beauftragt dem Rat der Stadt Barsinghausen die Kosten für bauliche Maßnahmen zur Schaffung von 15 Krippenplätzen

- an der Albert Schweitzer Schule in Goltern
- am Kindergarten Stemmen

als Grundlage für eine kurzfristige Beschlussfassung mitzuteilen.

2.

Parallel hierzu wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Anbieter einer Krippe in Göxe auf dem Kinderbauernhof zu klären ob dieser bereit ist, im Falle der Errichtung einer Krippe an diesem Standort, in Höhe der öffentlichen

Investitionskostenzuschüsse eine Sicherung durch Bürgschaft einer deutschen Großbank, Genossenschaftsbank oder Sparkasse beizubringen.

Diese Bürgschaft soll dazu dienen, mögliche Rückforderungsansprüche bei Einstellung des Betriebs vor dem Ablauf von 25 Jahren, durch den Betreiber und nicht durch die Stadt Barsinghausen begleichen zu lassen.

II.

Für die Abdeckung eines zukünftigen weiteren Bedarfs an Krippenplätzen wird die Verwaltung beauftragt, Vorschläge und Berechnungen für die Standorte:

- am Kindergarten Regenbogen
- am Kindergarten Baschelino
- bei der Petrusgemeinde
- im alten Sporthaus Kirchdorf

baldmöglichst vorzulegen.

11. Änderung des Haushaltskonsolidierungsvorschlages I-2.3 Übertragung Reinigung der Altentagesstätte Am Buchhorn an DRK Vorlage: XVII/0135

Frau Gertich erläutert die Beschlussvorlage.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem DRK Barsinghausen eine Vereinbarung über die Reinigung und die Planung der Nutzungszeiten der Seniorenbegegnungsstätte am Buchhorn für 395,00 Euro monatlich abzuschließen.

12. Grundsätze für die Nutzung des Jugendkellers der Wilhelm-Stedler-Schule
Vorlage: XVII/0067

Herr Hartig führt in die Beschlussvorlage ein.

Frau Dürbaum-Betsch stellt die Öffentlichkeit für Fragen her.

Eine Einwohnerin stellt die Frage, wer das Entfernen der zahlreichen polizeifeindlichen Aufkleber an Fassade und Tür des Falkenkellers veranlasst hat.

Herr Lahmann antwortet, dass die Entfernung der Aufkleber von der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben wurde.

Herr Lahmann berichtet, dass die Verwaltungsleitung in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses damit beauftragt wurde, die rechtlichen Bedenken zum Inhalt des Nutzungsvertrages der Kommunalaufsicht der Region Hannover vorzutragen. Eine erste Einschätzung hat ergeben, dass die Kommunalaufsicht die rechtlichen Bedenken der Stadtverwaltung teilt.

Herr Messing merkt zu der Frage der Einwohnerin an, dass derartige Aufkleber und Ähnliches nicht ernst genommen werden sollten. Er berichtet, dass die jetzige Nutzergruppe seiner Erfahrung nach verantwortungsvoll ist.

Frau Westphal merkt an, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion auf inhaltlich rechtliche Richtigkeit Wert legen und die Nutzungsordnung als Entwurf gesehen werden sollte. Dies ist der mehrheitliche politische Wille und sie hat versucht, das bereits in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses, sowie in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur, deutlich zu machen. Sofern juristische Bedenken bestehen, ist man selbstverständlich daran interessiert, diese mit Hilfe der konstruktiven Mitarbeit der Verwaltung auszuräumen.

Frau Westphal stellt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Änderungsantrag:

Die ursprüngliche Beschlussempfehlung erhält folgende neue Formulierung:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der bisherigen Nutzergruppe des Falkenkellers einen Nutzungsvertrag auf der Basis des anliegenden Entwurfs abzuschließen, der den vorgebrachten rechtlichen Bedenken der Verwaltung Rechnung trägt.

Herr Kuban sagt, dass die CDU-Fraktion nicht nur Bedenken zur vorliegenden Nutzungsordnung, sondern auch zu einer Renovierung des Falkenkellers hat. Dass zudem eine Vertragsform gewählt werden soll, bei der die als Hauptverantwortliche benannten Personen als Vertragspartner unter 18 Jahren sein dürfen, hält er für falsch. Er betont, dass es sich bei der dazugehörigen Fläche, die laut Nutzungsordnung grundsätzlich von Müll und Brandlasten freizuhalten ist, um einen Schulhof handelt, dessen Nutzung als solcher auch gewährleistet werden muss. Bei wagen Formulierungen, wie z. B. dass Fenster und Türen nach 22.00 Uhr möglichst geschlossen zu halten sind, sollte man an die Anwohner denken. Er sieht in dem Vertragsabschluss mit der Nutzergruppe eine Benachteiligung der übrigen Ehrenamtlichen in Barsinghäuser Vereinen und Verbänden.

Herr Kuban stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, über die auf den Seiten 7 bis 11 der Beschlussvorlage als Anlage 1 beigefügte Nutzungsordnung abstimmen zu lassen.

Herr Klockow hält es für wichtig, dass verschiedene Freiräume für die Jugend geschaffen werden. Er spricht sich für die FDP-Fraktion für einen Abschluss einer Nutzungsordnung aus, wobei auf eine inhaltlich rechtliche Richtigkeit geachtet werden sollte, gerade vor dem Hintergrund, dass die Kommunalaufsicht diese noch einmal prüfen wird. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag von Frau Westphal zustimmen, so Herr Klockow.

Herr Gottschalk äußert sein Unverständnis gegenüber den Kritikern des Falkenkellers. Dass die Überzeugungen der Jugendlichen in verschiedene Extreme gehen, ist nicht ungewöhnlich. Persönlich sieht er die linkspolitisch eingestellten Jugendlichen als weniger problematisch. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die extrem rechtspolitisch orientierten Jugendlichen häufig erhebliche Schäden bei der Nutzung der Räumlichkeiten hinterlassen haben. Hinsichtlich der geplanten Ausgaben von maximal 25.000,00 Euro erinnert er an die weitaus höheren Ausgaben von beispielsweise 3,3 Millionen Euro für den Neubau des Feuerwehrhauses sowie 1,5 Millionen Euro für die Sportanlage in Kirchdorf.

Herr Riemer berichtet von positiven persönlichen Erfahrungen mit seinen Kindern, die über lange Zeit hinweg problemlos ehrenamtlich im Falkenkeller tätig waren.

Herr Dr. Zieseniß hält den Vergleich von sicherheitsrelevanten Bauten wie dem Feuerwehrhaus mit Räumlichkeiten für Jugendliche für abwegig.

Herr Steuernagel kritisiert das Parteiergreifen für links- oder rechtspolitisch orientierte Jugendgruppen. Er merkt an, dass es in dieser Angelegenheit um Verhältnismäßigkeit geht. Er sieht hier ein erhebliches Missverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag.

Herr Gottschalk betont, dass seine Aussage ausdrücklich auf extrem rechtspolitisch orientierte bezogen war.

Herr Neugebauer spricht sich für einen Abschluss der Beratungen und eine Abstimmung über die Angelegenheit aus.

Herr Hartig stellt die Möglichkeit zur Definition des von Herrn Steuernagel erwähnten Ertrages in Frage. In der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen, die unter anderem durch eine schwere Vergangenheit oder Lebenssituation belastet sind, sind auch Einzelne, die auf den richtigen Weg gebracht werden können, als großer Erfolg anzusehen. Man sollte hier die Bezeichnung des Ertrages differenziert betrachten.

Herr Lahmann betont, dass auf den Abschluss einer Nutzungsordnung von Seiten des Polizeikommissariates Barsinghausen sowie von Mitarbeitern des Kinder- und Jugendbüros gedrängt wurde, weil in der letzten Zeit vermehrt negative Erfahrungen bei der Raumvergabe gemacht wurden.

Herr Kuban wiederholt seinen gestellten Antrag.

Frau Dürbaum-Betsch lässt hierüber abstimmen.

Beratungsergebnis: abgelehnt

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Es wird über die auf den Seiten 7 bis 11 der Beschlussvorlage als Anlage 1 beigefügte Nutzungsordnung abgestimmt.

Frau Westphal wiederholt ihren Änderungsantrag.

Frau Dürbaum-Betsch darüber abstimmen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 25

Nein-Stimmen: 13

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussdarstellung

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der bisherigen Nutzergruppe des Falkenkellers einen Nutzungsvertrag auf der Basis des anliegenden Entwurfs abzuschließen, der den vorgebrachten rechtlichen Bedenken der Verwaltung Rechnung trägt.

**13. Antrag auf Abschluss eines Vorvertrages zur Nutzung des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses durch die Kunstschule NOA NOA
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.06.2012 -
Vorlage: XVII/0160**

Frau Westphal führt in die Inhalte der Beschlussvorlage ein.

Herr Schroth berichtet, dass Vertreter der Kunstschule NOA NOA mit Vertretern des zweiten Interessenten, der Deister-Freilicht-Bühne, Gespräche über eine gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten führen wollen. Er regt an, die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses zu vertagen und eine Entscheidung zur Kooperation der beiden Vereine abzuwarten.

Herr Dobelmann sagt, dass die SPD-Fraktion eine Kooperation der Kunstschule NOA NOA mit der Deister-Freilicht-Bühne ebenfalls begrüßen würde. Seiner Kenntnis nach, sind diesbezüglich bereits Gespräche zwischen Vertretern beider Vereine geführt worden. Eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung, würde weitere Verhandlungen nicht ausschließen.

Herr Dr. Zieseniß stellt für die CDU-Fraktion den Antrag auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses.

Herr Dr. Zieseniß erläutert, dass vor der Beschlussfassung die geplante Art der Nutzung des Gebäudes bekannt sein sollte. Seitens der CDU-Fraktion sind sowohl eine alleinige Nutzung durch die Kunstschule NOA NOA, als auch eine Kooperation mit der Deister-Freilicht-Bühne vorstellbar. Er kündigt an, dass sich die Mitglieder der CDU-Fraktion enthalten werden, wenn es in der heutigen Sitzung zu einer Abstimmung kommt. Er betont, dass dies allein den Grund hat, dass dem zweiten Bewerber für das Gebäude, der Deister-Freilicht-Bühne, die Möglichkeit gegeben werden sollte, seine Vorstellung zur Nutzung des Gebäudes zu äußern.

Herr Messing erläutert, dass eine Kooperation der beiden Vereine von der SPD-Fraktion begrüßt werden würde. Er hält es jedoch für unwahrscheinlich, dass die Verhandlungen zwischen den beiden Vereinen über eine gemeinsame Nutzung bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses abgeschlossen sind und spricht sich für die SPD-Fraktion für eine Abstimmung in der heutigen Sitzung aus.

Herr Bohrßen sagt, dass eine Abstimmung in der heutigen Sitzung die Kunstschule NOA NOA bevorzugen würde. Er vertritt die Meinung, dass nur eine Vertagung der Angelegenheit eine Gleichbehandlung beider Vereine gewährleistet.

Herr Messing berichtet, dass ihm die Dringlichkeit der Standort- und Platzproblematik der Deister-Freilicht-Bühne erst kürzlich bekannt geworden ist. Der Bedarf hätte weitaus früher

angemeldet werden können, zumal das Feuerwehrgerätehaus bereits seit ca. einem Jahr leersteht. Von der Kunstschule NOA NOA wurde dies hingegen rechtzeitig gemacht, auch hat sie ihr Konzept zur Nutzung des Gebäudes bereits vorgestellt. Seines Erachtens steht man bei der Kunstschule NOA NOA im Wort und sollte nicht weitere vier Wochen bis zu einer Entscheidung verstreichen lassen.

Herr Klockow spricht sich für die FDP-Fraktion dafür aus, die Überlassung des Gebäudes an die Kunstschule NOA NOA in der heutigen Sitzung zu beschließen. Bereits seit der Schließung des Kulturzentrums Barsinghausen im Jahr 2011 ist die Problematik der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten bekannt. Verhandlungen zur gemeinsamen Nutzung mit der Deister-Freilicht-Bühne sind nach Abschluss eines Vorvertrages mit der Kunstschule NOA NOA weiterhin möglich und können ohne Einflussnahme von Verwaltung und Politik geführt werden.

Herr Kuban erinnert daran, dass anfangs ein kommerzieller Nutzer für die Räume des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses gesucht wurde. Aufgrund der beiden Bewerber für das Gebäude, steht nun die Unterstützung ortsansässiger Vereine im Vordergrund. Die Kunstschule NOA NOA finanziert sich zudem unter anderem aus Fördermitteln, die durch Landes- und Bundesprogramme gewährt werden. Verhandlungen zur gemeinsamen Nutzung der Räumlichkeiten sollten gleichberechtigt und auf Augenhöhe geführt werden können, bevor einem der beiden Vereine bereits offiziell das Gebäude zugesprochen wird.

Frau Westphal weist darauf hin, dass die Formulierung der Beschlussempfehlung einen Vorvertrag vorsieht, nach dessen Abschluss für die Kunstschule NOA NOA verschiedene Optionen zur Art der Nutzung möglich sind. Die Beschlussfassung sollte vorzugsweise durch den Rat und nicht durch den Verwaltungsausschuss stattfinden. Verhandlungen zu einer kombinierten Nutzung mit der Deister-Freilicht-Bühne können auch nach einer heutigen Beschlussfassung stattfinden und die Kunstschule NOA NOA hätte dadurch die Möglichkeit, bereits Sponsoren zu suchen und Fördermittel zu beantragen.

Herr Neugebauer spricht sich für eine Vertagung der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses aus, um der Deister-Freilicht-Bühne gegenüber fair zu sein.

Frau Wölki erwähnt die künstlerischen Möglichkeiten und die Vorteile der Lage des Gebäudes am Zechenpark, die sich für die Kunstschule NOA NOA ergeben würden. Vertreter der Kunstschule haben bereits unter anderem den Wunsch einer künstlerischen Gestaltung der Außenfassade geäußert. Das Gebäude hätte Potential, als Kunstobjekt auch für den Tourismus ein zusätzlicher Anlaufpunkt zu werden. Eine gemeinsame Nutzung mit der Deister-Freilicht-Bühne würde dies nicht ausschließen.

Herr Gottschalk pflichtet den Aussagen von Frau Wölki bei. Er hält die Vorwürfe von Vertretern der Deister-Freilicht-Bühne, dass die politischen Gremien und die Verwaltung nicht rechtzeitig auf sie zugegangen sind, für ungerechtfertigt. Der Leiter der Zentralen Dienste, Herr Hoffmann, war bezüglich einer Lösung der Raumproblematik stets engagiert. Die jetzige Situation bedauert er und sieht sie als Anlass, den „runden Tisch“ für Kultur in Barsinghausen wieder einzurichten.

Herr Lahmann erläutert, dass er selbst noch im letzten Jahr am bestehenden Kulturstammtisch in Barsinghausen teilgenommen hat und dieser noch bestehen müsste. Vom Vorsitzenden des Barsinghäuser Kulturvereins Calenberger Cultour & Co. wurde ihm bis jetzt nichts Gegenteiliges mitgeteilt.

Herr Röver spricht sich für eine Abstimmung in der heutigen Sitzung aus, da die Angelegenheit im Rat und nicht im Verwaltungsausschuss beschlossen werden sollte. Die vorgebrach-

ten Standpunkte und Anregungen der Ratsmitglieder können den Vertretern der Kunstschule NOA NOA bei Abschluss des Vorvertrages sicherlich übermittelt werden.

Frau Dürbaum-Betsch lässt zunächst über den von Herrn Dr. Zieseniß gestellten Antrag auf Vertagung abstimmen.

Beratungsergebnis: abgelehnt

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltung

Beschlussdarstellung:

Der Tagesordnungspunkt 13 – Antrag auf Abschluss eines Vorvertrages zur Nutzung des ehemaligen Gerätehauses durch die Kunstschule NOA NOA – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.06.2012 (Vorlage XVII/0160) wird vertagt.

Anschließend lässt Frau Dürbaum-Betsch über die ursprüngliche Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 25

Nein-Stimmen: 2

Stimmenthaltungen: 11

Beratungsergebnis: zugestimmt

1.

Die Verwaltung wird gebeten, mit der Kunstschule NoaNoa e.V. einen Vorvertrag zur Nutzung des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses mit der Option der Nutzung für zunächst 15 Jahre zu schließen. Hiermit soll dem Verein die Möglichkeit gegeben werden, für die Realisierung ihres Projekts (das sowohl schriftlich vorliegt, als auch in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur am 02.07.2012 mündlich vorgestellt werden wird) maßgebliche Sponsoren und Förderer zu finden.

Die Überlassung des Gebäudes soll für die Stadt möglichst kostenneutral aber auch ohne Gewinnerwartung erfolgen; denn die wichtige und wertvolle Arbeit des Vereins für das Gemeinwesen unserer Stadt, insbesondere im Jugendbereich, ist uneingeschränkt unterstützenswert.

2.

Die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beschlossene Einstellung der finanziellen Förderung wird für das Kalenderjahr 2013 ausgesetzt, um die Weiterarbeit des Vereins – parallel zu den Bemühungen der Umsetzung des Projekts - nicht zum Erliegen zu bringen.

**14. Entwicklung von autobahnnahen Gewerbeflächen
hier: Machbarkeitsstudie zum Logistikschwerpunktstandort Barsinghausen/Wunstorf
Vorlage: XVII/0104**

Herr Schaper erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Dürbaum-Betsch stellt die Öffentlichkeit für Fragen her.

Aus den Reihen der Einwohnerinnen und Einwohner gibt es hierzu eine Wortmeldung:

Frau Owens vom Naturschutzbund Barsinghausen e. V. fragt, ob im Zuge der Maßnahmen weitere Eingriffe in das vorhandene Gastvogelgebiet geplant sind. Sie bezieht sich dabei auf die Formulierung unter Punkt 3, Absatz 4 der Beschlussvorlage Nr. XVII/0104.

Herr W. Zieseniß antwortet, dass dies für den Bereich Barsinghausen nicht der Fall ist.

Frau de Veer erläutert, dass geplante privilegierte landwirtschaftliche Vorhaben, wie beispielsweise ein Hähnchenmaststall, theoretisch in einem Gastvogelgebiet genehmigt werden können.

Herr Lahmann berichtet, dass in dieser Angelegenheit Gespräche mit der Region Hannover geführt wurden. Eine dreiprozentige Bebauung in einem solchen Gebiet ist für die Vogelpopulation demnach unkritisch, wobei im Außenbereich bereits zugelassene Flächennutzungen bei den 3 % berücksichtigt werden.

Herr Schaper führt den positiven Aspekt auf, dass beim vorrangigen Bau von Logistikunternehmen die Einhaltung der Obergrenze von 3 % gesichert ist. Vorhaben wie beispielsweise eine Hähnchenmasthanlage können dann nicht mehr realisiert werden.

Herr Klockow erläutert, dass die Entstehung des Gastvogelgebietes in dem Bereich unter anderem auf den dort geführten landwirtschaftlichen Anbau von Mais und Zuckerrüben zurückzuführen ist. Mit dem Aufstellen von 13 Windkraftanlagen ist bereits ein erheblicher Eingriff in das Gebiet erfolgt. Diese stellen eine weitaus größere Problematik für die Vögel dar, als potentielle gewerbliche Flächennutzung. Zudem wird nach Ende der Laufzeiten über Repowering nachgedacht.

Herr Klockow führt weiter aus, dass bei der Ausweisung von neuen Logistikstandorten die Nähe bzw. Entfernung zu den Einwohnern bedacht werden sollte, um weite Fahrzeiten zu vermeiden und die Möglichkeit der Entwicklung der Ortsteile zu gewährleisten. Er richtet an die SPD-Fraktion und an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Wunsch, dass dieses bei der Entscheidungsfindung zum Repowering bedacht wird.

Herr Lux erläutert, dass bei Vorhaben dieser Art immer Kompromisse gefunden werden müssen. Bei den Logistikflächen, die zum Gebiet von Barsinghausen gehören, handelt es sich nicht um trimodale Flächen, sie haben weder einen direkten Anschluss an die Bahngleise, noch an den Mittellandkanal. Es wird seitens der Region Hannover davon ausgegangen, dass die trimodalen Erfordernisse auf Wunstorfer Flächen bedient werden. Erwartet wird im Bereich Barsinghausen die Inanspruchnahme von durchschnittlich sechs Hektar pro Ansiedlung, wobei hier mit vorwiegend mittelständischen Betrieben gerechnet wird. Dies wirkt sich positiv auf die Gewerbesteuerereinnahmen aus.

Herr Lux sagt weiterhin, dass die Auswirkungen auf den Artenschutz bei den weiteren anstehenden Prüfungsverfahren genau betrachtet werden. Zum Repowering erläutert er, dass dies nicht zwingend einen erhöhten Einfluss auf das Vogelauftreten bedeuten muss. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird zudem die Region Hannover um ausführliche Prüfung bitten, ob eine andere Anordnung der Windkraftanlagen die Auswirkungen auf das Gastvogelgebiet minimieren könnte. Sollte hierbei keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden, wird die Region Hannover um Prüfung anderer Vorrangstandorte im Stadtgebiet gebeten. Zu den in der Machbarkeitsstudie getroffenen Aussagen bezüglich entstehender Verkehrsbelastung auf der Landesstraße L392, äußert Herr Lux Zweifel an deren Plausibilität.

Herr Dr. Härdrich erläutert, dass im geplanten Bereich eine zwar landwirtschaftlich genutzte, aber dennoch sehr freie Fläche besteht. Derartige Landschaftsbilder gehören zu den Standortfaktoren in dieser Region. Die Abwägung zwischen Gewerbeansiedlung und Erhaltung

des Landschaftsbildes ist seines Erachtens keine leichte Entscheidung. Eine Gewerbeansiedlung ist durch die dadurch entstehenden Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen für Barsinghausens wirtschaftliche Entwicklung dennoch vertretbar.

Herr Schroth pflichtet den Aussagen von Herrn Dr. Härdrich bei, betont aber, dass die Dorferneuerung nicht außer Acht gelassen werden sollte. Eine ausschließliche Bevölkerungsentwicklung im Bereich der Bahnstrecke sollte nicht das Hauptziel sein. Auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Ortsteile ohne Bahnanschluss sollten kurze Arbeitswege zugesprochen werden, wenn schon eine Gewerbeansiedlung vor allem wegen ihrer Arbeitsplätze begrüßt wird. Dass, wie kürzlich der Presse zu entnehmen war, die Flächen im südlichen Bereich nicht mehr zur Auswahl stehen, beurteilt Herr Schroth als negativ, da die Flächen im nördlichen Bereich ein höheres Konfliktpotential mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Ortsteile besitzen.

Herr Messing äußert sich als Anwohner des Ortsteiles Bantorf, in welchem ebenfalls größere Logistikansiedlungen bestehen, zu dem vorgebrachten Argument der kurzen Arbeitswege für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der angesiedelten Betriebe. Seinen Erfahrungen nach nutzt die überwiegende Mehrheit der Angestellten die Bahnverbindungen, um zu ihrer Arbeitsstelle zu gelangen. Kaum jemand wohnt in dem Ortsteil, in dem der Betrieb angesiedelt ist. Er hält die kleinteilige Ansiedlung von Logistik mit einer hohen Wertstellung für möglich und begrüßenswert.

Herr W. Zieseniß weist die Anwesenden darauf hin, dass die Beschlussvorlage nicht zur Abstimmung gestellt wird, sondern nur um Kenntnisnahme gebeten wird. Die Angelegenheit wurde bereits auf Landes- und Regionalebene ausführlich mit den zuständigen Fachabteilungen für Wirtschafts- und auch Naturschutzangelegenheiten verhandelt und beraten. Entwürfe von Bbauungs- und Flächennutzungsplänen hierzu, werden den Ratsmitgliedern wie üblich vorgelegt werden.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Machbarkeitsstudie zum Logistikschwerpunktstandort Barsinghausen/Wunstorf (Anlage 1 der Beschlussvorlage) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Basis die weitere Entwicklung von autobahnnahe gewerblichen Bauflächen durch eine Änderung des Flächennutzungsplanes vorzubereiten.

**15. Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"
Sanierungsgebiet "Innenstadt"
Sanierung und Neugestaltung der Fußgängerzone
Vorlage: XVII/0052**

Herr Schroth erläutert die Inhalte der Beschlussvorlage mit der ergänzten Änderung des Punktes I c) der Beschlussempfehlung.

Frau Dürbaum-Betsch stellt die Öffentlichkeit für Fragen her.

Eine Einwohnerin stellt die Frage, mit welchen Mitteln diese Maßnahme finanziert werden soll.

Herr Lahmann erläutert, dass nach neuen Berechnungen durch Mehreinnahmen von Steuern und Schlüsselzuweisungen, die Reduzierung beim Haushaltssicherungskonzept aufgefangen werden könnte. Aufgrund der Fördermittel vom Land Niedersachsen müsste lediglich ein geringer Anteil eigener Mittel eingesetzt werden. Zudem ist eine Sanierung der Fußgängerzone im Endeffekt kostengünstiger als eine zu späterem Zeitpunkt anfallende Reparatur.

Herr Dr. Matthiesen begrüßt die Bereitstellung von Mitteln und den überwiegenden Zuspruch aus den Reihen der Ratsmitglieder für dieses Vorhaben. Nach Umbau des Thies und den Kommunalwahlen war die Sanierung heftig umstritten und es bestand die Gefahr, Fördermittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro zurückzahlen zu müssen. Auch wenn nun nicht alle Bereiche der Fußgängerzone saniert werden können, ist diese städtebauliche Entwicklung positiv zu werten.

Herr Klockow spricht sich ebenfalls für die Umsetzung dieses Vorhabens aus. Er erläutert, dass der Zuschuss in Höhe von 1,2 Millionen Euro an vertraglich festgehaltene Ziele gebunden ist, zu denen verschiedene bauliche Maßnahmen gehören. Wenn nach abschließender Prüfung festgestellt wird, dass die Sanierungsziele nicht vollständig erreicht wurden, bedeutet das für die Stadt hohe Rückzahlungen der gewährten Zuschüsse.

Herr Messing begrüßt den breiten Zuspruch innerhalb des Rates, auch wenn die Haushaltskonsolidierungssumme an dieser Stelle überschritten wird. Die Überschreitung wird durch Mehreinnahmen an anderer Stelle wieder ausgeglichen. Er äußert den Wunsch, eine derartig produktive Zusammenarbeit der Fraktionen, wie es bei dieser Angelegenheit der Fall war, auch bei zukünftigen wichtigen Entscheidungen beizubehalten.

Frau Dürbaum-Betsch lässt über die geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses abstimmen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 35

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 1

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussdarstellung

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt, das Büro arbos / Hamburg mit der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3 HOAI) für den in der Anlage rot umrandeten Bereich zu beauftragen. Kriterien hierfür sollen neben der Funktionsverbesserung, die Herstellung eines insgesamt einheitlichen Erscheinungsbildes sein.

Die Planung soll so erfolgen, dass ein Kostenrahmen in Höhe von max. brutto 400.000 € Eigenanteil an den Gesamtbaukosten nicht überschritten wird und die Sanierungsziele erreicht werden.

Insbesondere die Behindertengerechtigkeit sowie die Aufenthaltsqualität im Hinblick auf Sitzmöglichkeiten und Kinderspiel sind bei der weiteren Planung der Fußgängerzone zu berücksichtigen.

Der Rat der Stadt Barsinghausen beauftragt die Verwaltung, im Verlauf der o. g. Fortschreibung des Rahmenplans in 2012 ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen.

16. Annahme von freiwilligen Zuwendungen

Es liegen keine freiwilligen Zuwendungen vor.

17. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

18. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Klockow erkundigt sich nach vorangegangenen, gefassten Ratsbeschlüssen. Zum Einen sollten Verhandlungen mit dem Landkreis Hameln-Pyrmont in Zusammenarbeit mit der Region Hannover und der Stadt Springe geführt werden. Grundlage der Verhandlungen ist die Zahlung von Schulgeldern an die Stadt Barsinghausen, die für Fremdbeschulungen gezahlt werden sollen.

Zum Anderen sollte mit der Region Hannover über Haushaltsentlastungen für die Stadt Barsinghausen bei Ausgaben für Krippen- und Kindergärten gesprochen werden.

Herr Klockow fragt in diesen Angelegenheiten nach dem aktuellen Stand bzw. Ergebnissen.

Herr Lahmann antwortet, dass ein Termin in Sachen Haushaltsentlastung für Krippen- und Kindergartenausgaben mit der Region Hannover am 30.07.2012 stattfindet. Danach kann Bericht erstattet werden.

Herr Lahmann sagt weiterhin, dass der Fachdienstleiter des Fachdienstes II/1 – Schule, Sport und Kultur, Herr Heyerhorst, die Verhandlungen im Hinblick auf Schulgelder führen sollte und momentan urlaubsbedingt noch keine Rücksprache mit ihm möglich ist.

Herr Messing äußert sich zu der zu dem von der heutigen Tagesordnung abgesetzten Tagesordnungspunkt 12 – Ergänzendes Betreuungsangebot an Barsinghäuser Grundschulen vorgelegten Informationsvorlage Nr. XVII/0163. Hier ist ihm aufgefallen, dass die Ernst-Reuter-Schule die einzige Schule ist, an der die Randbetreuungszeiten nicht kostendeckend durchgeführt werden. Herr Messing spricht sich für die SPD-Fraktion für eine Gleichbehandlung aller Schulen und eine Behandlung in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses aus.

Herr Lahmann erläutert, dass eine Gleichbehandlung aller Schulen beschlossen wurde, sofern eine Kostendeckung vorliegt. Von Herrn Heyerhorst wurde dann festgestellt, dass die Betreuungsangebote in Eggestorf nicht mehr komplett durchgeführt werden könnten. Auf dieser Grundlage ist die genannte Informationsvorlage entstanden. Nach der urlaubsbedingten Abwesenheit von Herrn Heyerhorst ist die weitere Bearbeitung und Rücksprache möglich. Er sagt die Aufnahme des Tagesordnungspunktes als Informationsvorlage XVII/0163 auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses zu.

Herr Neugebauer kritisiert den Zustand des Herren-WC in den Räumlichkeiten der Goetheschule Kooperative Ganztagschule Barsinghausen (KGS). Gerade im Hinblick darauf, dass bei Ratssitzungen auch Bürgerinnen und Bürger die sanitären Anlagen nutzen.

Frau Wölki regt an, die Räumlichkeiten für die Sitzungen zu wechseln. Als Gründe hierfür nennt sie die schlechte Akustik und Zugluft in der Aula der KGS.

Herr Totlis fragt, ob es im Jugendtreff der KGS die Möglichkeit zu telefonieren gibt. Ihm wurde zugetragen, dass dort kein Telefonanschluss besteht. Die Möglichkeit, mobil zu telefonieren stellt sich durch schlechten Empfang als kompliziert dar.

Protokollnotiz:

Herr Geisel, zuständiger Gebäudemanager der KGS Goetheschule, hat mitgeteilt, dass im Jugendtreff bereits seit einigen Monaten ein Telefonanschluss eingerichtet ist, welcher sich auch in Benutzung befindet und funktionstüchtig ist.

Herr Gottschalk berichtet, dass die Anwohner des Buchenweges festgestellt haben, dass sich der Zustand der Straße nach Bahnarbeiten deutlich verschlechtert hat. Er fragt, ob die Stadtverwaltung vor Beginn der Bauarbeiten eine Beweissicherung durchgeführt hat, um die Deutsche Bahn AG gegebenenfalls zur Wiederherstellung des Ursprungszustandes heranziehen zu können.

Herr W. Zieseniß antwortet, dass eine Beweissicherung vor Beginn der Bauarbeiten stattgefunden hat.

Herr Lahmann erläutert, dass sich ein Heranziehen des beauftragten Unternehmens als schwierig darstellen könnte. Im Fall einer für die notwendigen Maschinen nicht ausreichenden Tragfähigkeit des Straßenunterbaus würde kein Verschulden des Unternehmens vorliegen. Man hätte im Voraus eine Durchfahrt der Baufahrzeuge aufgrund mangelnder Tragfähigkeit untersagen müssen.

Herr Röver berichtet über den Zustand des teils privaten, teils öffentlichen Parkplatzes in der unmittelbaren Nähe des Grundstückes Kaiserhof. Hier sind Teile der Pflasterung lose und Gitterroste zum Abfluss von Regenwasser abgesackt. Er bittet um Begutachtung und ggf. Behebung der Schäden.

Herr Röver berichtet außerdem von einem Presseartikel, dem zu entnehmen war, dass in der Stadt Gehrden studentische Hilfskräfte zur Pflege von städtischen Grünanlagen eingesetzt werden. Dies wurde aufgrund vermehrter Beschwerden durch häufiges Fehlen von Bauhofmitarbeitern eingerichtet. Er fragt, ob dies in der Stadt Barsinghausen auch denkbar wäre, wenn vermehrt Beschwerden aufkommen würden.

Herr W. Zieseniß antwortet, dass die Pflege der Grünflächen in Barsinghausen durch eine Satzung geregelt ist und deshalb gar nicht erst derartige Probleme entstehen.

Frau Gertich teilt mit, dass der Signalton für Sehbehinderte an der Ampelanlage Poststraße, Ecke Bahnhofstraße/Deisterplatz, defekt ist. Sie sagt, dass sich das Geräusch weder bei Grün- noch bei Rotphasen verändert. Sie bittet hier um Überprüfung der Anlage.

Herr Dr. Zieseniß äußert den Wunsch von besserer Absprache innerhalb einer Fraktion, damit die gleichen Anfragen nicht mehrfach vorgetragen werden. Außerdem bittet er um die Veröffentlichung der in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses am 14.08.2012 getroffenen Entscheidung bezüglich des abgesetzten Tagesordnungspunktes 12 – Ergänzendes Betreuungsangebot an Barsinghäuser Grundschulen (Vorlage: XVII/0119).

Herr Lux spricht die Verkehrssituation an der außer Betrieb genommenen Ampelanlage am Kaiserhof an. Geradeaus auf der Deisterstraße, in Richtung Bahnhof Barsinghausen fahrend, sind vor allem Kinder, die am Fußgängerüberweg stehen, durch parkende Autos auf der rechten Seite nicht rechtzeitig zu sehen. Er bittet um Prüfung, ob das Halteverbot auf der Deisterstraße entsprechend ausgeweitet werden kann, um gefährliche Situationen an dieser Stelle zu vermeiden.

Herr Steuernagel berichtet, dass im Ortsteil Winninghausen auf der Düsterstraße, in Richtung der Straße Fierkehof eine große, tiefe Kuhle in der Straßenoberfläche entstanden ist, die einer Angleichung bedarf. Er fügt hinzu, dass der dort vorhandene Gully in Fahrtrichtung eingebaut ist, was unter Anderem für Fahrradfahrer eine Gefahr darstellt. Er bittet darum, diesen daher so einzusetzen, dass er nicht in Fahrtrichtung zeigt.

Frau Dürbaum-Betsch schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Einwohnerinnen und Einwohner den Raum zu verlassen.

anschließend Nichtöffentliche Sitzung

Frau Dürbaum-Betsch schließt die Sitzung um 22.40 Uhr.

Dürbaum-Betsch
Ratsvorsitzende

Lahmann
Erster Stadtrat

Hammann
Protokollführung